

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Berthold Rüth

Abg. Dr. Christoph Rabenstein

Abg. Alexander Muthmann

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Markus Ganserer

Staatsminister Dr. Markus Söder

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf jetzt **Tagesordnungspunkt 2** aufrufen:

Zwischenbericht

des Vorsitzenden der Enquete-Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern"

Dazu begrüße ich in der Diplomatenloge sehr herzlich die Sachverständigen nichtparlamentarischen Mitglieder der Enquete-Kommission, nämlich Herrn Professor Dr. Lothar Koppers, Herrn Dr. Reinhard Paesler und Herrn Dr. Detlev Sträter. Willkommen und danke schön für Ihre Mitarbeit in der Enquete-Kommission.

(Allgemeiner Beifall)

Ich eröffne nun die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt entsprechend der Vereinbarung im Ältestenrat 60 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Das bedeutet, die CSU hat 20 Minuten, die SPD 15 Minuten und die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN haben je 12,5 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung beträgt 20 Minuten.

Als erstem Redner erteile ich dem Vorsitzenden der Enquete-Kommission, Herrn Kollegen Rüth, das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Berthold Rüth (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der 15. September 2013 war ein guter Tag für Bayern; denn an diesem Tag wurden wichtige und gute Entscheidungen getroffen. An diesem Tag wurden auch Volksentscheide durchgeführt. Die Bürgerinnen und Bürger haben mit fast 90-prozentiger Zustimmung beschlossen, dass das Thema "Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen" Verfassungsrang erhält und als Staatsziel in die Verfassung aufgenommen wird. Das bedeutet, der Staat muss diesem Staatsziel bei seinen Entscheidungen eine ganz besondere Bedeutung zumessen.

Gleichwertigkeit bedeutet aber nicht Gleichartigkeit. In Bayern gibt es sehr unterschiedliche Entwicklungen. Die strukturellen, kulturellen, historischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen sind sehr verschieden. Ich will das an einem Beispiel deutlich machen: In einer Großstadt wie München gibt es eine U-Bahn. In meiner Heimatgemeinde, die 800 Seelen umfasst, gibt es keine U-Bahn. Dennoch müssen wir dafür sorgen, dass die Bewohner der ländlichen Gemeinden mobil sind. Das bedeutet, wir müssen einen guten öffentlichen Personennahverkehr ausbauen. In meiner Heimatgemeinde gibt es günstige Wohnungen und günstigen Mietraum. In den Großstädten sind die Mieten dagegen teuer, und der Wohnraum ist knapp. - Bei uns gibt es günstige Kinderkrippenplätze in ausreichender Zahl. In großen Metropolen ist dieses Thema eine bedeutende Herausforderung. - Sie sehen also, dass wir es hier mit unterschiedlichen Entwicklungen zu tun haben.

Der Staat muss nicht nur die Mindestvoraussetzungen für die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen in allen Landesteilen schaffen. Er muss auch dafür sorgen, dass die Menschen in allen Landesteilen Bayerns die gleichen Chancen für ihre Lebensentwicklung haben. Meine Damen und Herren, nach diesem Volksentscheid wurde die Verfassung zum 1. Januar 2014 geändert. Das Ergebnis dieses Volksentscheides wurde in die Verfassung aufgenommen. Die Fraktionen im Bayerischen Landtag haben sich anschließend auf den Weg gemacht, diese Enquete-Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern" zu gründen, indem sie einen Fragenkatalog erarbeitet und diese Kommission schließlich eingesetzt haben.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU, Herr Zellmeier, sagte in seiner Plenarrede vom 1. Juli 2014, er habe die Hoffnung, dass die Fraktionen gemeinsame Linien finden würden, um dieses Thema voranzutreiben. Herr Kollege Dr. Rabenstein, dem diese Kommission ein wirkliches Herzensanliegen ist, sagte, wir müssten zusammenhalten, es gehe um ganz Bayern. Herr Kollege Muthmann sagte, wir müssten uns auf die Essentials für ganz Bayern verständigen. Herr Kollege Ganserer erklärte, er halte diese Enquete-Kommission für gut geeignet, fraktionsübergreifend Handlungs-

empfehlungen und Strategien zu entwickeln. Heute, nach einem Jahr, können wir feststellen, dass diese Wünsche in Erfüllung gegangen sind. Diese Kommission arbeitet vertrauensvoll, sehr offen und sehr gut zusammen. Alle Mitglieder orientieren sich an der Sache.

Ich möchte deshalb allen 13 Kolleginnen und Kollegen hier im Plenum sagen: Danke für Ihr Engagement und für Ihre Mitarbeit. Ich danke aber auch allen Experten und Sachverständigen. Schön, dass Sie da sind. Sie kommen aus den Bereichen Geografie, Regionalforschung, Geoinformatik, Stadt- und Regionalmarketing sowie Sozialforschung, ländlicher Raum und ländliche Entwicklung, aus der Wirtschaft und von der IHK. Sie sind Experten auf Ihren Gebieten. Mich beeindruckt aber besonders, dass Sie nicht nur theoretische Ideen haben. Bei allen Ihren Anregungen bemerkt man Ihren großen fachlichen Sachverstand. Alle Ihre Vorschläge sind umsetzbar. Sie denken also weiter und prüfen, ob Ihre Anregungen überhaupt machbar sind. Dafür vielen Dank. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Ich glaube, mit diesen Experten und den 13 Abgeordneten haben wir alle relevanten Fachdisziplinen und alle Landesteile abgedeckt. Deshalb können wir eine hervorragende Arbeit leisten.

Wir haben die Arbeit im Oktober 2014 aufgenommen. Damals haben wir gesagt, dass wir in einem Jahr, also heute, einen Bericht abgeben wollen. Wir haben quasi eine Punktlandung erreicht. Wir haben genau ein Jahr gearbeitet und geben heute einen Zwischenbericht ab. Dabei geht es darum, die in diesem Fragenkatalog aufgeführten 110 Fragen zu beantworten.

Wir haben ein umfangreiches Arbeitsprogramm absolviert. Bisher haben 11 Sitzungen stattgefunden. Wir hatten Vorbereitungssitzungen und Außentermine. Wir waren im Heimatministerium in Nürnberg, und wir waren in Niederbayern unterwegs. Auch die Fraktionen selbst waren im Land unterwegs. Uns geht es darum, einen Überblick über

ganz Bayern zu gewinnen und zu sehen, wo es regionale Besonderheiten gibt. Vor allem war uns der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern wichtig, nicht nur mit den Kommunalpolitikern, Landräten und Bürgermeistern. Wir wollten auch mit den Menschen vor Ort und den gesellschaftlichen Gruppen ins Gespräch kommen. Auch die VHS war für uns ein wichtiger Gesprächspartner.

Bei unserem Besuch im Heimatministerium haben wir von Herrn Staatssekretär Füracker einen sehr umfangreichen Bericht bekommen. Er hat uns die Leistungen seines Ministeriums dargestellt und uns gezeigt, wo Handlungsfelder bestehen. Wir konnten feststellen, dass die wirtschaftlichen Unterschiede in Bayern sehr stark abgenommen haben. Das wird an den Arbeitslosenzahlen deutlich. In Niederbayern liegt die Arbeitslosenquote bei 2,9 %, in der Oberpfalz bei 2,9 %, in Unterfranken bei 3,1 % und in Mittelfranken bei 4,1 %. Das heißt, die Zahlen liegen alle sehr nahe beieinander. Die Arbeitslosenquote im Bund ist fast doppelt so hoch wie in Bayern. Schon anhand dieser Zahlen können wir feststellen, dass sich die Wirtschaft in Bayern hervorragend entwickelt hat. Die Unternehmen finden hervorragende Standortbedingungen vor. Die Menschen schätzen die Vorteile des ländlichen Raumes immer mehr, manchmal auch notgedrungen, weil die Lebenshaltungskosten, insbesondere die Mietpreise, auf dem flachen Land günstiger sind als in den großen Städten.

Wir in der Enquete-Kommission müssen dafür sorgen, dass die Entwicklung in Bayern weiter gut verläuft, damit überall gute Lebensverhältnisse vorherrschen; denn wir wissen auch, dass die Geschwindigkeit des Wachstums in Bayern nicht überall gleich ist. Deshalb ist diese Heimatstrategie wichtig. Diese beruht auf fünf Säulen: Strukturentwicklung in ganz Bayern, Nordbayern-Initiative, Behördenverlagerungen, digitale Revolution – Breitbandversorgung - und kommunaler Finanzausgleich.

Meine Damen und Herren, Behördenverlagerungen sind sehr wichtig. Diese Verlagerungen werden über zehn Jahre laufen. Ich will es an einem Beispiel deutlich machen. Wir im Landkreis Miltenberg bekommen im Finanzamt Obernburg 30 neue Stellen, die dorthin verlagert werden. Das ist ein sehr positives Signal. Die Leute freuen sich und

werden optimistischer. Wir bekommen in Miltenberg 30 neue Studienplätze in Kooperation mit den Hochschulen Aschaffenburg und Ansbach. Das sind sehr schöne Entwicklungen. Ich will deutlich machen, dass viel Gutes getan wird, aber immer wieder neue Entwicklungen hineinspielen. Wir waren sehr froh und stolz über diese Zusagen. Dann verkündete die örtliche Sparkasse, dass zehn Zweigstellen geschlossen oder in Automatenzweigstellen umgewandelt werden. Auf der einen Seite gibt es also Freude, auf der anderen Seite eine andere Entwicklung, die so vorher nicht zu erwarten war.

Ganz wichtig ist das Thema Breitbandstrategie. Sie wissen das alle. Es werden 1,5 Milliarden Euro ausgegeben. Die Kommunen erhalten abhängig von der Finanzkraft bis zu 90 % Förderung in Höhe von bis zu 950.000 Euro. Das ist ganz wichtig, um überall gute Voraussetzungen zu schaffen. Wir stellen aber fest, dass einige kleine Gemeinden sich auch mit dem Aufwenden der restlichen 10 % noch schwertun. Auf diese Gemeinden müssen wir ein besonderes Augenmerk richten.

Ein zweiter Außentermin führte uns nach Niederbayern, ins Ilzer Land. Dort hat die Integrierte ländliche Entwicklung hervorragende Arbeit geleistet. Ich will es stichpunktartig erläutern. Wir waren in Grafenau, in Freyung, in Perlesreut und in Passau. Wir konnten dort feststellen, dass die Menschen ein sehr starkes Wir-Gefühl entwickelt haben. Es gibt dort kein Kirchturmdenken. Man arbeitet auf kommunaler Ebene sehr eng zusammen. Man versucht dort, die Zukunft auf Basis der natürlichen Lebensgrundlagen, der heimatlichen Verbundenheit und der kulturellen Identität zu gestalten. Mich hat besonders beeindruckt, dass man dort versucht, den Kontakt zu jungen Menschen zu halten, wenn diese, beispielsweise nach der Schule, zum Studieren oder Arbeiten wegziehen. Man will versuchen, die Leute im Laufe ihres Lebens zurückzuholen, und hält deshalb via Internet Kontakt. Ich denke, das ist eine gute Sache, die man vorantreiben sollte. Wenn die jungen Leute nämlich irgendwann ein Haus bauen wollen, wissen sie, dass in Niederbayern günstige Bauplätze zu bekommen sind, oder sie schätzen die dortigen guten Möglichkeiten bei der Kinderbetreuung.

Wir waren in Grafenau, einer Kommune, die sehr stark vom Tourismus geprägt ist. Dort gibt es mittlerweile weniger Schnee. Das heißt, Langlauf ist nicht mehr so oft möglich. Deshalb hat man sich dort auf den Weg gemacht, alternative touristische Angebote zu schaffen. Ein Erfolgsschlager ist GUTi. GUTi ist das Gäste-Umweltticket. Dieses Gäste-Umweltticket hat zu einer starken Auslastung der Waldbahn geführt. Die Gastronomie und die Beherbergungsbetriebe waren anfangs sehr skeptisch. Mittlerweile gibt es sehr viele positive Rückmeldungen aus diesem Bereich. GUTi hat sich sehr gut angelassen. Wichtig ist auch, dass man dort die Unterkünfte online buchen kann. Die Rad- und Wanderwege sind alle über GPS abrufbar. Das Internet ist hier also ein Segen.

Nun kommen wir aber gleich wieder zur Konfrontation mit den Nachteilen des Internets. Ein Bürgermeister sagte uns, immer dann, wenn Amazon seinen Umsatz steigert, führt das dazu, dass bei uns zwei Geschäfte schließen. Das Internet ist also eine Chance, aber auch eine Herausforderung. Diese beiden Pole haben wir immer wieder wahrgenommen.

Wir haben festgestellt, wie wichtig die Bildungseinrichtungen sind. Da kann Niederbayern eine sehr gute Qualität vorweisen. - Wir haben festgestellt, dass es dort ein sehr großes West-Ost-Gefälle gibt. Landshut beispielsweise gehört fast schon zum Großraum München. Dort gibt es andere Voraussetzungen als beispielsweise in den Kommunen nahe der tschechischen Grenze. Ganz spannend ist eine Aussage des Regierungspräsidenten gewesen. Er sagte: Niederbayern hat fast so viele Einwohner wie München, aber die Fläche ist dreißigmal so groß. Daran kann man erkennen, wie groß die Herausforderungen für die Schaffung von Gleichwertigkeit sind.

Meine Damen und Herren, aktuell sind wir in den Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden. Der Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden, dem Gemeindetag, dem Städtetag, dem Landkreistag und dem Bezirkstag, ist uns sehr wichtig, weil sie die Experten sind, die am besten wissen, was vor Ort getan werden muss.

Die Sitzungen der Enquete-Kommission sind laut Geschäftsordnung eigentlich nichtöffentlich. Wir versuchen aber immer, die Öffentlichkeit herzustellen. Es geht bei den Sitzungen um die Vorbereitung von politischen Initiativen. Wir möchten sehr offen und sehr öffentlich diskutieren. Wir haben bisher rund ein Drittel der Sitzungen öffentlich durchgeführt. Ich denke, das ist eine gute Quote. Wir glauben, dass die Öffentlichkeit und die Verbände wissen sollten, was wir alles machen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Genau!)

Wir werden die Spitzenverbände jetzt wieder einladen. Sie werden Vorschläge machen, wie sie sich die künftige Finanzausstattung vorstellen. Ich will festhalten, dass die Spitzenverbände meiner Meinung nach mit der Finanzausstattung im Großen und Ganzen zufrieden sind. Es könnte immer ein bisschen mehr sein. Das ist klar. Aber ich denke, sie sind sehr zufrieden. Wir haben ja einige Dinge eingeführt. Ich nenne die Stichworte Demografiefaktor, Mindestinvestitionspauschale, Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen.

Natürlich gibt es auch große Herausforderungen. Ich nenne das Stichwort Wohnungsbau, insbesondere in den Städten, und das Thema Flüchtlinge mit allen seinen Herausforderungen. Ganz wichtig ist mir das Thema der Sanierung von Hallen- und Freibädern. Unsere Hallen- und Freibäder sind in die Jahre gekommen. Wir müssen da etwas tun. Wir müssen ein Sonderprogramm auflegen. Wir werden das noch spezifizieren. Dabei geht es auch um die Themen Gesundheit und Jugendsport. Ich denke, da müssen wir mal genauer hinschauen.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD) – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD):
Beifall bei der SPD! – Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Harald Güller
(SPD))

- Herr Kollege Güller, Sie wissen: Die wichtigen Anträge sind dem Vorsitzenden der Enquete-Kommission überlassen. – Es gibt natürlich auch Gemeinden mit massivem Strukturwandel und mit einem Rückgang der Einwohnerzahl.

Meine Damen und Herren, wir werden auch aufgrund der aktuellen politischen Entwicklung das Thema Flüchtlinge bei allen Fragestellungen berücksichtigen. - Wir werden im neuen Jahr auch eine intensive Diskussion mit den Jugendverbänden führen. Wir wollen hören, wo die Jugend der Schuh drückt. Sie werden sich ebenso wie die kommunalen Spitzenverbände aktiv einbringen.

Meine Damen und Herren, wir sind alle gespannt, was am Ende des Tages an Lösungen und Handlungsempfehlungen auf den Tisch kommt. Sie müssen keine Angst haben: Es wird nicht zu nichtssagenden Ergebnissen kommen. Der Kollege Muthmann – er ist jetzt leider nicht da – hat irgendwann gesagt, es darf kein 800-seitiger Bericht entstehen, an dessen Erstellung mehr Leute mitgewirkt haben, als ihn dann lesen werden. Das wird nicht passieren. Wir werden unsere Forderungen kurz und knackig darlegen. Wir haben jetzt noch die Themen Lebens-, Arbeits-, Wohnbedingungen, Wirtschaft, Infrastruktur und medizinische Versorgung mit allen Beteiligten zu diskutieren. Wir wollen alle Erfahrungen und Sichtweisen aufnehmen. Das wird im Jahr 2016 geschehen. Im Jahr 2017 werden wir unseren Abschlussbericht erstellen.

Meine Damen und Herren, eine ganz wichtige Frage ist noch nicht beantwortet: Kann man gleiche Lebensverhältnisse messen? Gibt es einen Indikator, um Gleichwertigkeit zu messen? - Es gab schon andere Kommissionen. Es gibt zu diesem Thema viel Literatur. Es gibt in der Tat gewisse Messgrößen, mit denen man versucht, das zu erfassen. Aber all diese Messgrößen sind in gewisser Weise unscharf. Das ist nicht so wie beim Hundertmeterlauf, bei dem man stoppt und dann die genaue Zeit hat, sondern es ist eher wie beim Turnen, wo man Haltungsnoten vergibt. So ähnlich ist es hier auch.

Diese Kenngrößen wurden individuell festgelegt und gewichtet. Von daher liegt darin eine gewisse Unschärfe. Ich bin aber der Meinung, dass wir gewisse Kenngrößen brauchen. Diese müssen definiert werden. Entscheidend ist, dass wir diese Kenngrößen auf Regionen zuschneiden und über einen längeren Zeitraum im Auge behalten, weil wir dann erkennen können, wie sich eine Region entwickelt. Wenn eine Kenngröße unscharf war – dann ist die Kenngröße immer unscharf -, es aber einen Trend und

ein Ergebnis gibt, kann man daraus erforderliche Handlungen ableiten. Wie schwer die Vergleichbarkeit ist, will ich an einem Beispiel deutlich machen. Nehmen wir als Beispiel die Krankenhausversorgung. Braucht ein Landkreis ein Krankenhaus, oder braucht er zwei Krankenhäuser? Muss jedes Krankenhaus mit dem öffentlichen Personennahverkehr innerhalb von 20 Minuten erreichbar sein? Gibt es eine Gesundheits- oder Krankenquote? – Sie sehen, wie schwer es ist, dafür eine genaue Größe herauszuarbeiten. Ich bin aber überzeugt davon, dass wir eine bestimmte Kenngröße finden müssen.

Meine Damen und Herren, schon jetzt wird deutlich, dass es drei große Themen gibt, die für die weitere Arbeit der Enquete-Kommission und auch für Bayern von großer Bedeutung sind. Zum einen geht es um Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Überall, wo Arbeitsplätze sind, wo Menschen Arbeit haben, siedeln sich Menschen an. Es entstehen Gebäude und Infrastruktur. Dabei müssen wir auch schauen, dass dies in Bayern überall gut funktioniert.

Gestatten Sie mir, dass ich auch meine Region Unterfranken anführe. Die Region Bayerischer Untermain gehört zum Großraum Rhein-Main, zum Großraum Frankfurt. Ich bin darüber froh, dass die Frau Wirtschaftsministerin vor wenigen Wochen in unserer Region eine Außenstelle von "Invest in Bavaria" eröffnet hat. Wir hatten diese Woche Besuch vom südkoreanischen Parlamentspräsidenten. Wenn man von Südkorea aus auf Deutschland blickt, blickt man zuerst einmal auf Frankfurt, weil der dortige Flughafen international ist. Deshalb appelliere ich an Sie, für den Münchner Flughafen richtige und gute Entscheidungen zu treffen. Ein Flughafen ist ganz wichtig für die Entwicklung einer Region. Deshalb ist es gut, dass wir in Unterfranken die Außenstelle von "Invest in Bavaria" haben; denn Arbeitsplätze bedeuten auch Wohlstand.

Ganz wichtig sind Bildungs- und Wissenschaftsangebote im ländlichen Raum. Damit können wir uns sehen lassen. Die Behandlung des Themas Bildung und Wissenschaft war sehr erfreulich. Wir haben gesehen, dass wir auf diesem Gebiet vieles erreicht haben.

Ganz wichtige Themen sind Infrastruktur und Mobilität. Damit meine ich die klassische Infrastruktur wie Straßen, Schienen, Zug, Taxi, Sammeltaxi, Rufbusse etc., aber auch das Breitband. Ganz wichtig ist für die Infrastruktur und Mobilität das Dorf- und Vereinsleben. Wir haben in Bayern eine hervorragende Struktur von Vereinen wie Feuerwehren, Musikvereine, Sportvereine oder kulturelle Vereine. Darauf können wir stolz sein. Viele junge Menschen treten in diese Vereine ein und leisten zum Beispiel für ihre Gemeinde den Feuerwehrdienst ab. Wir alle kennen aus dem bayerischen Fernsehen den schönen Satz: "Da bin i dahoam". Deshalb müssen wir auch in diesem Sinne wirken, weil das Vereinsleben auch Heimatidentität stiftet, und müssen auch das Vereinsleben im Auge behalten.

Meine Damen und Herren, ich bin optimistisch, dass wir am Ende unserer Arbeit wichtige Impulse setzen können. Bayern hat große Potenziale, die es weiter zu nutzen gilt. Abschließend möchte ich Herrn Regierungsdirektor Heigl und Frau Wasowski danken, die uns vonseiten des Amtes immer hervorragend unterstützen. Danke sagen möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen, die beim Abschlussbericht noch gefordert sind und zeigen werden, was sie können. Sie alle haben fleißig mitgeschrieben. Es gibt auch viele Protokolle. Ich danke deshalb auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stenografischen Dienstes. Ich danke auch der Staatsregierung, die uns umfangreich mit Material versorgt hat. Stellvertretend nenne ich Herrn Dr. Seitz. Herr Dr. Seitz, Sie haben ein schwieriges Amt, Sie haben es super gemacht. Ihr Minister ist auch da. Ich glaube, Herr Dr. Seitz hat Potenzial für höhere Aufgaben. Er macht das sehr gut. In diesem Sinne, meine Damen und Herren, danke ich Ihnen für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. - Jetzt darf ich für die SPD-Fraktion Herrn Dr. Rabenstein das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Frau Präsidentin! Ein Zwischenbericht soll ein kritischer Rückblick sein. Wir werden feststellen, was gut gelaufen ist. Für mich ist ein Zwischenbericht aber auch immer ein Blick in die Zukunft. Was können wir verbessern? Was können wir in dieser Enquete-Kommission noch besser auf den Weg bringen? Diese Analysen unserer Arbeit haben summa summarum zweierlei gezeigt: Mit dem ersten positiven Ergebnis fange ich an. Es läuft in Bayern gut. Auch im Vergleich mit anderen Bundesländern läuft es gut. Allerdings müssen wir auch feststellen, dass nicht alles Gold ist, was glänzt. Das heißt, wir haben nach wie vor deutliche Defizite, vor allem wegen der unterschiedlichen Entwicklung der Regionen. Deswegen gibt es sowohl in der Enquete-Kommission wie auch in der gesamten Politik noch sehr viel zu tun. Wir müssen uns stark anstrengen, damit wir das Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse auch wirklich erreichen.

Was wurde bisher gemacht? - In den ersten Sitzungen haben wir darüber diskutiert, was überhaupt gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen sind. Wie werden sie definiert? Schnell ist dabei klar geworden, dass wir in Bayern keine gleichartigen Regionen wollen. Jede Region ist anders geprägt, nicht nur landschaftlich, sondern auch kulturell und geschichtlich. Es gibt unterschiedliche Bräuche und Dialekte und natürlich auch regionale Spezialitäten, auf die jeder und jede stolz sind. Das ist auch gut so. Gerade diese Vielfalt macht den Reiz von Bayern aus. Das sagen auch wir Sozialdemokraten ganz ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD)

Gleichwertig ist etwas anderes als gleichartig. Zusammen mit den Experten haben wir den Terminus "räumliche Gerechtigkeit" in den Mittelpunkt gestellt. Jeder Bürger soll in seiner Gemeinde oder seiner Stadt die Chance erhalten, sich vor Ort zu verwirklichen. Er soll nicht gezwungen werden, in andere Regionen, nämlich in Metropolregionen, zu ziehen, um ein sicheres Auskommen zu haben. Dieser Umzug, diese Umstrukturierung insgesamt ist für beide Teile von Nachteil. Zum einen kommt es durch solche Umzüge zur Entvölkerung von Orten mit allen Nachteilen. Die Orte werden dadurch

einfach unattraktiv. Zum anderen entsteht in den Ballungs- und Boomregionen ein Wachstumsdruck. Das führt ebenfalls zu großen Problemen.

Ich möchte es plakativ an drei Beispielen erläutern. Das erste Beispiel: In München und seinem Umland explodieren die Immobilienpreise. Die Mieten sind für viele Normalverdiener kaum mehr zu bezahlen. In anderen Teilen Bayerns stehen viele Häuser leer. Leere Schaufenster – ich habe es am Anfang nicht geglaubt, aber es wird gemacht – werden dekoriert, um das triste Bild eines Ortes einigermaßen zu kaschieren.

Das zweite Beispiel: In den Metropolregionen ist der Verkehr kaum mehr zu bewältigen. In München soll und muss eine zweite S-Bahn-Stammstrecke gebaut werden. Die Experten und der Oberbürgermeister sind deswegen gerade zu Gesprächen in Berlin; denn dieses Projekt kostet die Kleinigkeit von zwei bis drei Milliarden Euro. In anderen Räumen, nämlich in den Räumen mit besonderem Handlungsbedarf, wie sie so schön heißen, kann der ÖPNV kaum mehr finanziert werden. Bus- und Bahnverbindungen werden eher reduziert.

Das dritte Beispiel: In vielen Orten Nordostbayerns mussten und müssen Schulen schließen, weil die Schülerzahlen drastisch zurückgehen. Die Schulgebäude stehen dann leer. Die Kommunen werden aber doppelt belastet, einmal weil sie für ihre Schüler keine Schule mehr haben, zum anderen können sie mit dem Gebäude oft nichts mehr anfangen. Auf der anderen Seite hat die Stadt München laut "Süddeutscher Zeitung" vom Oktober 2015 berechnet, dass in den nächsten 15 Jahren neun Milliarden Euro für Schulneubauten ausgegeben werden müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das macht doch keinen Sinn!

(Beifall bei der SPD)

Deswegen muss es Ziel der Enquete-Kommission sein, Bayern wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Nach wie vor haben wir ein Bayern der unterschiedlichen Geschwin-

digkeiten. In den Boomregionen ist Bayern ein Sprinter mit Rückenwind. In den benachteiligten Gebieten ist es ein Läufer, der immer noch einen Klotz am Bein hat. Dann wundert man sich darüber, dass die beiden nicht gleichzeitig ins Ziel kommen.

(Beifall bei der SPD)

Der Heimatbericht der Staatsregierung – Herr Söder, aufgepasst! – zeichnet ein sehr positives Bild. Die wirtschaftlichen Unterschiede in Bayern haben stark abgenommen - so steht es in Ihrem Vorwort, sehr geehrter Herr Minister. Wir wissen alle miteinander, dass unser Minister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, wie er sich nennt, oft übertreibt.

(Widerspruch bei der CSU)

Deswegen haben wir die Zahlen natürlich genauer angeschaut. Ein Experte der Enquete-Kommission – wir haben die Experten schon gelobt -, Herr Dr. Sträter, der die Parlamentsdebatte hier mit verfolgt, ist zu einem ganz anderen Ergebnis gekommen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Da schau her!)

Ich möchte nur ein Beispiel nennen, das Bruttoinlandsprodukt in Bayern. Es ist ein wichtiger Indikator der wirtschaftlichen Entwicklung. Im Heimatbericht werden ausgerechnet die Jahre 2006 und 2012 verglichen. Man kommt dann zu dem Ergebnis, dass es im ländlichen Raum in diesem Zeitraum vorwärtsgegangen ist: Wir haben dort eine Steigerung von 22 %. Im Verdichtungsraum waren es lediglich 17,9 %. Logisch, daraus schließt man: Der ländliche Raum hat deutlich aufgeholt. – Doch wie heißt es so schön? – Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast, wobei ich nicht unbedingt sagen will, dass die Zahlen gefälscht worden sind. Aber man hat eben gerade die günstigsten Zahlen verglichen. Wer lediglich zwei Jahre vergleicht, um daraus einen Trend abzuleiten, macht es sich zu einfach;

(Beifall bei der SPD)

denn – jetzt kommt der politische Teil, und der ist sehr kompliziert – betrachtet man die Entwicklung in den letzten Jahren, kann man feststellen, dass sich der Abstand im Jahr 2008 zwar verringert hat; das stimmt. Er ist von 11 % auf 7,7 % zurückgegangen, aber das liegt an der Wirtschaftskrise. Die Schere ist 2011 und 2012, als es wieder wirtschaftlichen Aufschwung gegeben hat, erneut deutlich auseinandergegangen; da ist der Abstand auf 8,6 % gestiegen.

Wenn wir einmal im Abstand von 20 Jahren vergleichen, kommen wir ebenfalls zu einem ganz anderen Ergebnis. So heißt es in der angesprochenen Studie – ich zitiere: Die Trendlinie zeigt, dass von einem Anstieg des Anteils des ländlichen Raums am gesamt-bayerischen Bruttoinlandsprodukt keine Rede sein kann, im Gegenteil. Sie zeigt, dass der Anteil des ländlichen Raums sogar gesunken ist. – Die Schere geht also leider nicht zusammen. Das wurde übrigens auch bei der Anhörung der Enquete-Kommission mit den kommunalen Spitzenverbänden über den kommunalen Finanzausgleich deutlich zum Ausdruck gebracht. Herr Dr. Dirnberger als Vertreter des Bayerischen Gemeindetags, der die Gesamtentwicklung wie kaum ein anderer kennt, äußerte wörtlich: "Wir nehmen im Augenblick nur wahr, dass die Schere zwischen Strukturschwäche und Strukturstärke immer noch auseinandergeht." Recht hat er, und deswegen müssen wir hier deutlich andere Akzente setzen, als es bisher gemacht worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind schon ganz wichtige Ergebnisse der Enquete-Kommission. In der Stellungnahme im Rahmen der Anhörung wurde übrigens auch deutlich, dass die kommunalen Spitzenverbände trotz einer Erhöhung der Finanzausweisungen mit der Gesamtentwicklung keineswegs zufrieden sind. Hier wurden auch das Konnexitätsprinzip – da gibt es eigentlich nur Kritik -, der kommunale Finanzausgleich und die Stabilisierungshilfen, die insgesamt begrüßt werden, angesprochen. Wir müssen eben schauen, dass neue Mittel dazukommen und dass nicht nur umverteilt wird.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Schluss, und ich habe natürlich – wie könnte es anders sein – auch noch einige kritische Anmerkungen: Erstens. Trotz großen Aufwands ist die öffentliche Resonanz auf die Arbeit der Enquete-Kommission meiner Meinung nach bescheiden und noch zu gering. Wir sollten deshalb diskutieren, ob die Sitzungen nicht insgesamt und grundsätzlich öffentlich gestaltet werden sollten. – Zum Zweiten sollten wir noch zielgerichteter arbeiten. Wir sollten uns wirklich überlegen, welche konkreten Forderungen wir haben. Das Unverbindliche steht mir hier noch viel zu stark im Vordergrund.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Roos (SPD): Bravo!)

Gerade bei der letzten Anhörung der kommunalen Spitzenverbände haben wir gesehen, wie wichtig es ist, mit den Betroffenen zu diskutieren. Auch das sollten wir noch verstärken. Das heißt, die betroffenen Verbände und Vereine müssen noch intensiver eingebunden werden. Ich hoffe, dass uns das gerade beim Thema Jugend gelingt. Das haben wir nach der Winterpause als Erstes auf dem Plan.

Aber natürlich möchte ich auch einiges positiv erwähnen. Insgesamt entwickelt sich die Arbeit in der Enquete-Kommission gut, und ich hoffe, dass diese Zusammenarbeit auch bis zum Ende gut und zielorientiert bleibt. Dann, wenn der Bericht erarbeitet wird, wird es nämlich noch spannend; wir kennen das von anderen Ausschüssen. - Dem Vorsitzenden danke ich recht herzlich für seine souveräne Art, die Sitzungen zu führen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Allen Abgeordneten der CSU und auch der anderen Parteien möchte ich ebenfalls danken. Aber gegenüber den CSU-Mandatsträgern sei mir doch die Anmerkung erlaubt, dass ich noch mehr erwarte und mir wünsche, dass Sie noch mehr Vorschläge einbringen, um das Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse in Bayern zu erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich geht mein Dank auch an die Experten; sie sind wirklich eine Bereicherung, weil sie Sachverstand von außen einbringen und auf dem Weg zum Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse unabhängig von irgendwelchen politischen Richtungen gute Impulse geben. Mein Dank gilt auch Herrn Heigl vom Landtagsamt; das ist schon angesprochen worden. Man merkt, Herr Heigl, Ihre große, jahrzehntelange Erfahrung im Landtag; sie tut uns allen entsprechend gut. Ich möchte auch den Mitarbeitern in den Fraktionen recht herzlich danken.

(Beifall bei der SPD)

Zusammenfassend stelle ich fest: Die Tatsache, dass dieses Ziel in der Bayerischen Verfassung steht, und die Einsetzung der Enquete-Kommission – das soll noch einmal erwähnt werden – gehen auf Initiativen der SPD zurück.

(Beifall bei der SPD)

Sonst sagt man immer, als Opposition bringt man nicht so viel auf den Weg. Hier ist uns das, glaube ich, wirklich einmal gelungen. Und es ist Bewegung in das Thema Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gekommen. Wir haben auch gemerkt, dass viele Interessierte gespannt warten, welche Ergebnisse wir erzielen. Nicht nur in Bayern, sondern auch in Berlin und in anderen Bundesländern schaut man auf unsere Enquete-Kommission; denn die Probleme sind in ganz Deutschland und vor allem in den neuen Bundesländern extrem. Deswegen hoffe ich, dass wir hier vorankommen. In einem reichen Land wie Bayern muss es das Ziel sein, Vorreiter zu sein

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

und den anderen Regionen zu beweisen, dass sich alle Landesteile positiv entwickeln können, ohne dass einer abgehängt wird. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER erteile ich Herrn Kollegen Muthmann das Wort. Bitte schön.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Dr. Rabenstein hat gerade ausführlich begründet, dass das Staatsziel, gleichwertige Lebensbedingungen in Bayern zu fördern, nicht von ungefähr kommt und es in der Tat erhebliche Unterschiede in den Strukturen, in den Bedingungen, auch in den Chancen in den Regionen Bayerns gibt. Zahlen hin oder her, die statistischen Belege für die eine oder andere Haltung sind schon gewürdigt; ich will das an dieser Stelle nicht wiederholen. Es lohnt sich allemal, für dieses Ziel zu arbeiten. Durch die Einsetzung der Enquete-Kommission sind wir dazu jetzt in besonderer Weise verpflichtet.

Was wollen wir, welches Ziel haben wir uns gesetzt, was wollen wir nicht? – Wir wollen am Ende der Kommissionsarbeit kein dickes, buntes Buch präsentieren, das womöglich mehr Autoren als Leser hat. Wir waren uns vor allem darin einig, dass wir nicht Hunderte von Seiten produzieren wollen, kein dickes Kompendium das Ergebnis sein soll, sondern dass wir ein nicht nur wissenschaftlich geprägtes Werk brauchen. Wir sind dann erfolgreich, und unsere Aufgabe ist dann erfüllt, wenn wir eine praktische Handlungsanleitung, eine Empfehlung für die Politik entwickeln, wie wir gleichwertige Lebensbedingungen in Bayern herstellen können.

Nach einem Jahr der Arbeit ist heute Zwischenbilanz zu ziehen und zu fragen, wie weit wir sind. – Ich bin nicht ganz so optimistisch wie unser Vorsitzender Kollege Rüth. Ich meine, wir sind noch nicht weit genug.

Der Landtag hat der Kommission 110 Fragen aus den verschiedensten Fachgebieten zur Bearbeitung mit auf den Weg gegeben, die wir natürlich – das möchte ich sagen – alle pflichtgemäß behandeln und bearbeiten werden. Bei der Auseinandersetzung mit diesen Fragen müssen wir durchaus feststellen, dass sie nicht alle zielführend sind. Der Fragenkatalog ist auch ein Stück weit lückenhaft. Das haben wir mittlerweile er-

kannt. Insbesondere die Erwartungen der Ballungsräume werden in den Fragen unzureichend beleuchtet. Gleiches gilt für die Erwartungen der Jugend; auch dieser Aspekt kommt zu kurz. Ich befürchte, dass die Vielzahl der Fragen und Facetten ein Stück weit den Blick auf das große Ganze erschwert.

Zunächst will ich aber auch das Positive betonen, die Art und Weise der Sitzungsleitung und die Atmosphäre. Ich sage herzlichen Dank an die beiden Vorsitzenden, auch an alle Kollegen über Parteigrenzen hinweg. Das lässt eine durchaus ergebnisoffene Diskussion zu und ermöglicht es, die Dinge weiterzuentwickeln. Ebenso darf ich den externen Experten herzlich danken; auch deren Input ist, wie wir sehen und feststellen, unverzichtbar. Eine Kommission allein aus Abgeordneten wäre ein großes Wagnis, das nicht von Erfolg gekrönt sein könnte.

Enttäuscht bin ich – das will ich an dieser Stelle sagen – von der Rolle der Vertreter des zuständigen Heimatministeriums. Sie beantworten lediglich Fragen und nehmen allenfalls eine passive Rolle als Beobachter ein. Ich hätte mir ein konstruktiveres und kreativeres Mitwirken gewünscht, einen konstruktiveren Input. Kooperation sieht anders aus. Ich habe eher das Gefühl, dass uns die Kollegen des Ministeriums mit der Sorge hinsichtlich einer unangemessenen Einmischung in ihre exekutiven Kompetenzen und Möglichkeiten beobachten.

Zwischenbilanz zu ziehen, heißt für mich zu sagen: Viele handfeste Ergebnisse haben wir bislang noch nicht erreicht. Auch die Anhörung der externen Experten habe ich nicht immer als zielführend empfunden, weil der zentrale Aspekt, um den es uns immer gehen sollte, nämlich wie wir Gleichwertigkeit erreichen, oftmals durch fachspezifische Betrachtungen ein Stück weit überdeckt wurde. Deswegen fällt meine Zwischenbilanz eher etwas nüchterner aus als die, die der Vorsitzende gerade vorgetragen hat.

Wir haben aber eine zweite Halbzeit. Jetzt ist die Frage in den Blick zu nehmen, was wir in dieser zweiten Halbzeit noch leisten müssen. Ich glaube, dass wir uns nach wie

vor mit der Begriffsklärung befassen müssen, was denn gleichwertige Lebensverhältnisse sind. Wir sollten dabei nach Möglichkeit zu einem Konsens kommen. Niemand im Bayerischen Wald will die gleichen Lebensverhältnisse und Verkehrsverhältnisse wie beispielsweise in München am Stachus. Gleichwertigkeit ist beschrieben worden als ein Stück Gerechtigkeit, als Chancengleichheit, auch mit subjektiven Komponenten angereichert. Wir müssen weiter der Frage nachspüren, wie wir zu einer Definition der Gleichwertigkeit auch unter Würdigung solcher subjektiver Komponenten kommen können. Der Vorsitzende hat es gesagt: Messbar wird das im eigentlichen Sinne nicht sein. Wir werden uns im weiteren Prozess aber schon damit befassen müssen, wie wir die Dinge definieren und wie wir sie steuerbar machen können.

Das geht natürlich nicht allein auf der Grundlage subjektiver Einschätzungen, vielleicht auch in den Regionen. Zuerst ist es notwendig, eine Übersicht über die jeweilige aktuelle Lage zu erhalten. Deswegen ist die Erhebung relevanter Daten geboten: aus dem Bereich der Infrastruktur, der Breitbandversorgung, der Bildung, der Gesundheit, der Wohnraumversorgung, der verkehrlichen Bedingungen, des ÖPNV. Das alles sind wichtige Fragen; es ist angesprochen worden.

Ich glaube, es ist auch eine wesentliche Aufgabe der Kommission, dass wir uns darauf einigen, welche dieser unzähligen Daten geeignete Indikatoren darstellen, um festzustellen, ob die Gleichwertigkeit gegeben ist oder an anderer Stelle nachgesteuert werden muss, weil noch Unterschiede bestehen, die nicht tolerabel sind.

Schließlich erwarte ich von der Kommission Vorschläge, wo und unter welchen Voraussetzungen welches staatliche Handeln angezeigt ist auf der Grundlage welcher erhobenen Daten und unter Würdigung der Einschätzungen der Regionen. Es wird unverzichtbar sein, die Regionen, die Menschen, die Verantwortlichen dort zu beteiligen und dann Vorschläge zu machen, welches staatliche Handeln angezeigt ist.

Das wird kein Konditionalprogramm sein können in dem Sinn, dass dann, wenn das eine vorliegt, das andere automatisch zu veranlassen wäre. Wir sollten aber schon ein

strukturiertes, ein nachvollziehbares Verfahren zur Klärung, Begründung und Bewertung, nicht zur Messung, verschiedener Fragestellungen erreichen wie beispielsweise der, wo wir Negativabweichungen in den verschiedensten Bereichen haben. Wir FREIE WÄHLER streben das in diesem Prozess an. Kollege Rabenstein hat darauf hingewiesen, dass es diese Abweichungen in Bezug auf die Themen Verkehr und Wohnraum zwischen den Ballungsräumen genauso wie zwischen verschiedenen ländlichen Regionen geben kann. Wir stehen vor den Fragen, ab wann Negativabweichungen nicht tolerierbar sind, ob die Probleme gemeinsam mit den Verantwortlichen in der Region lösbar sind und welche Instrumente dabei zum Einsatz kommen sollen. Ich halte es für unsere wichtigste Aufgabe in der zweiten Halbzeit, ein strukturiertes Verfahren und eine für alle Regionen transparente Handlungsanleitung zu entwickeln.

Neben der Einigkeit über das operationalisierbare Verfahren sollten wir auch Einigkeit darüber erzielen, inwieweit eine Reform des Zentrale-Orte-Systems notwendig ist. Daneben gilt es, die Kompetenzen und die Pflichten von Kommunen und anderen regionalen Handlungseinheiten bei der Begleitung dieses Prozesses zu klären. Wir werden uns sicherlich auch mit der Frage angemessener Regionalbudgets bzw. einer angemessenen Finanzausstattung der regionalen Handlungseinheiten, auch der Kommunen, befassen müssen.

Letzter Punkt: Wir kommen hoffentlich – das ist ein Vorschlag, der mittlerweile auch der Kommission vorliegt – in Weiterentwicklung des von der Staatsregierung so ungeliebten Raumordnungsberichts zu einem Gleichwertigkeitsbericht als Grundlage für wiederkehrende Bestandsaufnahmen und regelmäßige Neujustierungen staatlichen Handelns. Gleichwertige Lebensbedingungen in Bayern herzustellen ist keine einmalige oder punktuelle Aufgabe, sondern ein Dauerprozess. Dafür brauchen wir keine weiteren dicken, bunten Papiere; davon gibt es in der Landesplanung und anderswo schon genug. Wir brauchen auch keine Fachplanungsdebatten, sondern ein knackiges, überfachliches, koordinierendes Gesamtwerk im Sinne einer Anleitung für staatliches Handeln. Das sollte unser Ziel sein. Insoweit ist noch Erhebliches zu leisten.

Dem Dank an die Beteiligten, insbesondere an die Begleiter seitens des Ministeriums und des Landtagsamtes, Herrn Seitz, Herrn Heigl und Frau Wasowski, schließe ich mich gern an. Auch auf ihre Unterstützung zählen wir sehr, wenn es darum geht, das alles noch zu packen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Ganserer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mich dem Dank meiner Vorredner an die Mitarbeiter der Fraktionen und des Landtagsamtes für die hervorragende Zuarbeit anschließen. Die Arbeitsatmosphäre ist gut. Die fraktionsübergreifende Zusammenarbeit funktioniert. Die Zuarbeit der Experten ist hervorragend. Das alles kann ich bestätigen.

Ich komme aber zu einem anderen, differenzierteren Zwischenbericht, als ihn der Vorsitzende der Kommission, Herr Kollege Rüth, gegeben hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Trotz kommunalen Finanzausgleichs, trotz Regionalförderung und trotz Heimatministerium entwickeln sich die Regionen unterschiedlich, in Teilen sogar entgegengesetzt. Wenn einzelne Regionen immer reicher, andere aber von der Entwicklung abgehängt werden, dann droht ein Riss durch die Gesellschaft zu entstehen. Deswegen war es richtig, dass wir die Enquete-Kommission eingesetzt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Doch was ist unter "gleichwertigen Lebensverhältnissen" zu verstehen? Sollen wir ein Mindestmaß an Versorgungseinrichtungen, zum Beispiel Krankenhäusern, vorgeben, oder sollen wir die Gleichwertigkeit lieber am Output – wie Lebenserwartung und Ge-

sundheitszustand – bemessen? - Eine klare Antwort haben wir in der Kommission noch nicht gefunden, weshalb wir uns dem Bereich zunächst philosophisch angenähert haben. Die Experten haben dabei den, wie ich finde, sehr guten Begriff "räumliche Gerechtigkeit" geprägt. Daran wird deutlich, dass es nicht um eine gleichmachende Politik geht, sondern darum, dass die Menschen, egal in welchen Regionen Bayerns sie leben, gleiche Chancen haben und fair behandelt werden. Am Ende der Arbeit muss aber klar sein, anhand welcher Parameter wir das Erreichen des Ziels der Gleichwertigkeit bewerten können.

Doch bei ihrer Arbeit musste die Kommission immer wieder feststellen, dass ausreichende und verlässliche Untersuchungen bzw. Daten zur Beurteilung der räumlichen Unterschiede fehlen. Ohne umfassendes Wissen über das Ausmaß der Unterschiede ist es nicht möglich, geeignete Strategien und Handlungsempfehlungen zur Umsetzung des Verfassungsauftrags zu entwickeln.

Die Kommission machte aber auch deutlich, dass der auf Hochglanzpapier gedruckte "Heimatbericht" ganz sicher keine geeignete Grundlage ist. Er stellt lediglich den Versuch dar, mit Taschenspielertricks die Konturen der Unterschiede zu verwischen. Herr Kollege Rabenstein hat das schon am Beispiel der Wirtschaftsleistung – Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner – gezeigt. Aber auch eine isolierte Betrachtung der Arbeitslosenzahl zeichnet ein verzerrtes Bild der Wirklichkeit. Es ist doch so, dass in den benachteiligten Regionen die Menschen seit Jahrzehnten abwandern, sodass fast niemand mehr da ist, der dort noch Arbeit sucht.

Ich möchte das selbstkritische Bild, das Herr Muthmann gezeichnet hat, durchaus bestätigen. Auch ich sehe es nicht als zielführend an, bei jedem Thema stur an dem Fragenkatalog festzuhalten. Ich gebe ein Beispiel. Eine Frage lautet:

Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden, dass gerade in strukturschwachen Regionen ausreichend Ausbildungsplätze angeboten werden können?

Die Debatte hat gezeigt, dass wir mittlerweile in allen Regionen einen Überhang an offenen Ausbildungsplätzen haben. Das Problem ist nicht mehr die Bereitstellung einer ausreichenden Zahl an Ausbildungsplätzen, sondern die Herausforderung besteht darin, überhaupt geeigneten Nachwuchs bzw. geeignete Fachkräfte zu gewinnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aufschlussreicher als das Papier des Heimatministeriums wäre der Raumordnungsbericht. Dieser hätte eigentlich schon im Jahr 2013 vorgelegt werden müssen. Auf die Anfrage meiner Kollegin Claudia Stamm, wann die Staatsregierung ihrer Berichtspflicht nachzukommen gedenke, antwortete sie, dass die Verzögerung in Ausschreibungen für Satz und Druck der Broschüre begründet sei.

Der Bericht ist kurz vor der Sommerpause in Papierform lediglich den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses zur Verfügung gestellt worden. Aufgrund der geringen Druckauflage können die Fraktionen keine weiteren Exemplare erhalten. Dies zeigt für mich deutlich, dass die Staatsregierung den Raumordnungsbericht nicht veröffentlichen wollte, bevor das Pamphlet "Heimatbericht" vorgelegt worden ist.

Auch wenn sich im Raumordnungsbericht ebenfalls jede Menge Prosa wiederfindet, so zeigt er doch zahlreiche Fehlsteuerungen der Landesplanung auf. Der Flächenverbrauch ist nach wie vor viel zu hoch. Eine Ursache wird in der kommunalen Konkurrenz um die Ansiedlung von Gewerbegebieten gesehen.

Gleichzeitig ist das Angebot an Gewerbeflächen weit höher als die Nachfrage. Ohne der notwendigen Debatte über die Konsequenzen des Raumordnungsberichts vorzugreifen, möchte ich doch schon an dieser Stelle feststellen, dass wir daraus Schlüsse für die Landesplanung ziehen müssen. Die Lockerung des Anbindegebots kann jedenfalls nicht die Antwort auf den zunehmenden und zügellosen Flächenfraß sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch die Experten in der Kommission haben deutliche Kritik an der Landesplanung geübt. Das LEP ist in den vergangenen Jahren zunehmend zusammengestutzt und durch ein unkoordiniertes Nebeneinander von Aktionen der Ministerien ersetzt worden. Stattdessen brauchen wir einen Masterplan zum Ausgleich der räumlichen und regional unterschiedlichen Entwicklung. Dafür benötigen wir eine starke Landes- und Regionalplanung mit leistungsfähigen Institutionen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerade die Regionalplanung in Bayern ist weder personell noch finanziell in der Lage, eine koordinierende und moderierende Funktion angemessen auszufüllen. Es zeigt sich, dass wir die Träger der Regionalplanung in ihrer Rolle als Organisatoren der Regionalentwicklung deutlich stärken müssen werden.

Zum Punkt Behördenverlagerung. Diese wird zwar in Teilen als sinnvolles Symbolhandeln betrachtet, jedoch wird der Sinn einiger Entscheidungen hinterfragt. Welchen Beitrag zur Strukturpolitik und zur Förderung strukturschwacher Regionen leistet zum Beispiel die Verlagerung des Eichamtes München in den Münchner Speckgürtel nach Fürstenfeldbruck? - Mir erschließt sich diese Entscheidung nicht.

Bei allem dürfen wir nicht die Probleme und Herausforderungen der Städte vergessen. Zum Beispiel führt die Stadt Nürnberg seit Jahren traurig die Statistik der Arbeitslosenzahlen an. Sie hätte deswegen auch strukturpolitische Unterstützung verdient. Deswegen ist es für mich nicht sinnvoll, Behördenstellen von Nürnberg nach außen zu verlagern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr aufschlussreich war für mich das Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden. Es hat mir gezeigt - die Vertreter von Gemeindetag und Städtetag haben es deutlich gemacht -, dass die Bürger im Gegensatz zum Kommunalrecht nicht zwischen freiwilligen Leistungen und sogenannten Pflichtaufgaben unterscheiden. Dass das

Wasser aus der Leitung kommt und Straßen ordnungsgemäß instand gesetzt werden, wird als gegeben vorausgesetzt. Vielmehr bestimmen der Umfang und die Qualität der erbrachten sogenannten freiwilligen Leistungen wie der Unterhalt von Schwimmbädern oder das kulturelle Angebot die Lebensqualität eines Ortes.

Doch leider Gottes sind viele Kommunen mittlerweile nicht mehr in der Lage, ihre Schwimmbäder zu unterhalten. In den letzten Jahren haben 43 kommunale Schwimmbäder schließen müssen. 65 Schwimmbädern droht die Schließung, weil sich die Kommunen den Unterhalt nicht mehr leisten können.

Bei den Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden wurde deutlich, dass in den strukturschwachen Regionen viele Kommunen aufgrund ihrer Finanzschwäche nicht mehr in der Lage sind, im Zuge freiwilliger Leistungen in die sogenannten weichen Standortfaktoren ausreichend zu investieren, und dass es der kommunale Finanzausgleich auch nicht mehr zu richten vermag.

Spannend wird für mich in diesem Zusammenhang die Debatte um die Frage, wie kulturelles Angebot in allen Regionen erhalten und ausgebaut werden kann, vor allem wenn man sieht, wie die Staatsregierung in den letzten Monaten zahlreiche millionenschwere Investitionen in kulturelle Großprojekte – Konzertsaalneubauten in München und Nürnberg – angekündigt hat, aber es immer noch an einem gesamtbayerischen und regional ausgewogenen Kulturkonzept fehlt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Enquete-Kommission tagt, so sehen es die Regeln des Landtags vor, grundsätzlich nichtöffentlich. Dabei betont der Einsetzungsantrag:

Bayerns Stärke sind seine Menschen. Ihnen in jeder Region Teilhabe, bestmögliche Chancen und Möglichkeiten zur Entfaltung ihrer Talente zu ermöglichen, ist das Ziel bayerischer Politik.

Das macht für mich deutlich – da bin ich ganz beim Kollegen Rabenstein –, wir dürfen uns in der Kommission nicht nur mit uns selbst beschäftigen. Wir müssen auch nach draußen blicken. Zweifelsohne gibt es in allen Landesteilen in Bayern sehr viele Menschen, die mit vielen Initiativen ihre Region, ihre Dörfer lebenswert erhalten. Mit denen müssen wir ins Gespräch kommen. Wir müssen uns die Frage stellen, wie wir diese Initiativen weiter stärken können, welche Hilfen und Handreichungen sie seitens der Politik brauchen.

Ich halte es für eine gute Entscheidung, dass wir mit der Kommission auch nach draußen gehen und Vor-Ort-Termine wahrnehmen. Insbesondere von der Anhörung der Jugendverbände erwarte ich mir noch sehr wertvolle Impulse für die weitere Arbeit.

Deshalb möchte ich nach mehr als einem Jahr der Arbeit in der Enquete-Kommission zusammenfassend feststellen: Es war notwendig und richtig, die Kommission einzurichten und zusammen fraktionsübergreifend Handlungskonzepte und Strategien zur Erreichung des Verfassungsziels zu erarbeiten. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Staatsminister Dr. Söder das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! An sich wollte ich nicht reden, weil eine Enquete-Kommission eine reine Aufgabe des Landtags ist. Nachdem mir in den Beiträgen aber der eine oder andere Punkt aufgefallen ist, möchte ich ein paar Sätze dazu sagen.

Zunächst einmal danke ich der Kommission selbst. Ich weiß, Enquete-Kommissionen sind nicht von vornherein ein reines Medienspektakel; man sieht es auch ein bisschen an der Präsenz hier. Das sind Parteitage und Ähnliches mehr, aber weniger Enquete-

Kommissionen. Ich habe selber einmal für meine Fraktion ein oder zwei Jahre lang eine Enquete-Kommission geleitet – sie hieß "Mit neuer Energie in das neue Jahrtausend", das war eine andere Zeit –, deswegen weiß ich, was für eine schwierige Aufgabe das ist. Ich möchte allen, die da mitarbeiten, ein ganz herzliches Dankeschön für den Fleiß, für das Engagement, für den Ideenreichtum sagen und ganz besonders dem Vorsitzenden Berthold Rüth, der auch mit uns in enger Zusammenarbeit steht. Ein herzliches Dankeschön für die hervorragende Arbeit!

(Beifall bei der CSU)

Ich habe mir gedacht – wir sind ja als Heimatministerium sozusagen das staatliche Pendant zur Enquete-Kommission –: Was machen eigentlich die anderen Bundesländer, wenn es um Strukturfragen geht? Wie findet die Diskussion woanders statt? Finden in anderen Bundesländern, wo es schwierige Strukturfragen gibt, solche Debatten überhaupt statt? Gibt es dort derartige Initiativen wie bei uns? Lautet die Empfehlung, sich in diesen Regionen mit dem ländlichen Raum positiv zu beschäftigen, oder lautet im Gegenteil die Botschaft: Wenn ihr mehr wollt, dann zieht am besten in die Stadt?

Unserer Erfahrung nach gibt es kein Bundesland, das so engagiert wie Bayern den ländlichen Raum als gleichwertigen Zukunftsraum definiert, ihn nicht abkanzelt, sondern tatsächlich glaubt, dass die kulturelle Identität des Landes eben nicht nur in den Großstädten liegt, sondern gerade auch im ländlichen Raum.

Darum, meine Damen und Herren, ist das, was Bayern macht, ob die Enquete-Kommission, ob der Landtag oder ob die Staatsregierung, in Deutschland eine Benchmark für den ländlichen Raum. Wir wollen den ländlichen Raum stärken, und wir werden ihn stärken, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Übrigens, die Zahlen des Heimatberichts stimmen selbstverständlich. Denn sie sind im Ministerium zusammengestellt und ordentlich bewertet worden; sie sind vom

Jahr 2006 ausgegangen, weil es das Zahlenmaterial des vorhandenen Monitorings war, das sich da ergeben hat. Im Heimatbericht werden übrigens nicht nur die positiven Seiten beleuchtet, sondern ganz bewusst auch die Herausforderungen. Natürlich entwickelt sich die Bevölkerung in Bayern demografisch mit unterschiedlicher Geschwindigkeit. Wir haben in der Tat Ballungsräume, die enorm wachsen, die eher Probleme mit ihrer Beschleunigung haben, und wir haben umgekehrt ländliche Räume, die nicht die gleiche Dynamik aufweisen.

Keiner darf sich täuschen: Es ist nicht wahrscheinlich, dass wir eins zu eins die Lebensverhältnisse anpassen. Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse heißt nicht, dass alles gleich sein muss. Aber es muss gleiche Chancen geben. Keiner möchte die Mietpreise von München überall im Lande haben. Es geht darum, Chancen zu haben. Der ländliche Raum muss Chancen bekommen, meine Damen und Herren, und darf nicht vergessen werden. Das ist die Zukunftsperspektive, die wir erarbeiten wollen.

(Beifall bei der CSU)

Das alles müssen wir vor dem Hintergrund sehen, dass der ländliche Raum nicht nur alimentiert werden darf, sondern aus eigener Kraft stark und attraktiv für junge Menschen werden soll. Das ist die Aufgabe.

Nun zu drei oder vier Punkten, die angesprochen wurden. Ich habe ständig gehört, die kommunalen Spitzenverbände seien entsetzt, tief enttäuscht über den kommunalen Finanzausgleich. Das würde mich wundern. Abgesehen davon, dass sie ihn selbst mitverhandelt und abgeschlossen haben, ist er national im Hinblick auf die Entwicklung der letzten Jahre einer der stärksten und wichtigsten Signale, die man den Kommunen setzen kann. Der Freistaat Bayern zahlt nicht nur bei der Unterbringung von Asylbewerbern in einer kommunalfreundlichen Form, die in Deutschland ihresgleichen sucht, sondern wir sind auch bei der Entwicklung des kommunalen Finanzausgleichs ein Land, das wie kein anderes Kommunen beteiligt. Dass wir das in Bayern tun, darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CSU)

Rekord-FAG: 8,56 Milliarden Euro. Durch die Steuerschätzung sind noch einmal 111 Millionen Euro dazugekommen. Die Umverteilung, die wir jetzt im FAG von Groß zu Klein beschlossen haben, umfasst fast 80 Millionen Euro. Hinzu kommen die Stabilisierungshilfen, die jetzt auf 120 Millionen Euro angewachsen sind. Sie sind übrigens in meiner Amtszeit als Idee definiert, um strukturschwachen Regionen zu helfen. Wenn man beobachtet, wie sie beispielsweise bei Ihnen in Oberfranken aufgenommen werden, Herr Dr. Rabenstein, oder wie sie in der Oberpfalz oder in Niederbayern oder in anderen Bereichen aufgenommen werden, dann stellt man fest: Man wartet dort jedes Jahr auf die Verkündung, ob es Stabilisierungshilfen geben kann. Sie sind nämlich ein wichtiges Element der Stütze und der finanziellen Architektur von demografiegeplagten Gemeinden. Wir halten deshalb an ihnen fest. Ich sage Ihnen noch eine Zahl dazu. Seit ich Finanzminister bin, haben wir durch die verschiedenen Maßnahmen zur Stärkung strukturschwacher Gemeinden den kleinen und strukturschwachen Gemeinden insgesamt 900 Millionen Euro mehr gegeben. Welches Land kann das vorweisen, meine Damen und Herren? – Das kann nur der Freistaat Bayern vorweisen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie von einer Gleichwertigkeit der Chancen reden, dann haben Sie ein Thema ausgelassen. Das hat mich gewundert; denn es ist ein Thema, das im ganzen ländlichen Raum eine Rolle spielt, und zwar das Thema Digitalisierung. Genauso wichtig wie die Infrastruktur der normalen Straßen ist die digitale Infrastruktur. Wenn heute ein Unternehmen sich irgendwo ansiedeln will, dann fragt es nach der Straßenverbindung. Das Unternehmen fragt aber auch, wie der Anschluss an das schnelle Internet ist. Auch wenn junge Leute sich ansiedeln, gehört wie der Anschluss an Wasser und Strom der Anschluss an das schnelle Internet dazu.

Als wir hier in Bayern gemeinschaftlich die Aufgabe übernommen haben, den ländlichen Raum in den Mittelpunkt zu stellen, da drohte tatsächlich eine digitale Spaltung zwischen Stadt und Land. Wir haben diese Situation noch nicht ganz überwunden, aber mit unserem einzigartigen Programm - ich glaube, dass es von allen akzeptiert und von den Kommunen gut angenommen wird - können wir es schaffen, im ländlichen Raum die gleiche digitale Qualität zu entwickeln, die wir in den Großstädten haben. Mittlerweile sind 92 % der bayerischen Gemeinden im Förderverfahren. Woche für Woche werden Förderbescheide erteilt. Insgesamt wurden schon 5.500 Glasfaserleitungen verlegt. Das entspricht zweimal dem Umfang Bayerns, wenn ich das einmal sagen darf. Wir bewegen uns in allen Regionen Bayerns, gerade aber in den strukturschwachen Gebieten, mit Siebenmeilenstiefeln dahin, dass alle Gemeinden in Bayern Anschluss an das schnelle Internet haben. Ich prognostiziere, das wird Ende des Jahres 2017, Anfang des Jahres 2018 so weit sein.

Diesen Weg wollen wir weiter gehen. Wir wollen das Bundesprogramm nutzen, um auch die Stellen weiter auszubauen, die noch nicht abgedeckt worden sind. Ich sage hier einmal, auch wenn das vielleicht etwas unvorsichtig ist: Der Prozess muss auch noch darüber hinausgehen. Unser Ziel ist es nämlich nicht nur, jede Gemeinde oder aber den größten Teil einer Gemeinde anzuschließen, sondern unser Ziel ist es, dass irgendwann einmal jeder Haushalt einen Anschluss an das Glasfasernetz hat. Die anderen Bundesländer sind da weit hinterher. Wir aber, meine Damen und Herren, sind mit starken Verfahren und mit starken Kommunen gut aufgestellt. Für den ländlichen Raum ist das Breitbandprogramm eine echte Zukunftschance. Mein Dank geht an die Gemeinden, dass sie es nutzen.

(Beifall bei der CSU)

Zum Thema Arbeitsplätze will ich Folgendes sagen: Ganz abgesehen vom LEP gibt es immer eine komische zweiseitige Argumentation. Einerseits soll viel passieren, andererseits soll eigentlich nichts geschehen. Da wird gefordert: Wir brauchen mehr Wirtschaft im ländlichen Raum, damit sich Leute ansiedeln. Aber gleichzeitig heißt es:

Bitte, bitte, bitte keine Fläche antasten. Wie sollen wir das denn machen? – Der ländliche Raum braucht Entwicklungsperspektiven. Die Ansiedlung von Arbeitsplätzen kann nicht allein das Privileg von Großstädten sein. Es kann nicht sein, dass das LEP am Ende eine wirtschaftliche Ansiedlung eher verhindert und damit auch die Chance, dass der ländliche Raum sich entwickelt, verhindert.

(Florian von Brunn (SPD): 18 Hektar Flächenverbrauch in Bayern!)

Wir brauchen deshalb auch eine Veränderung des LEP. Wir werden das Anbindegebot mit den bekannten Stellen erleichtern. Wir werden das nicht für die großen Einzelhandelsmärkte tun, weil wir um die Situation wissen. Für das Handwerk, für das Gewerbe muss doch die Chance bestehen, sich an großen Straßen anzusiedeln. Das muss auch interkommunal gehen, wenn zwei Gemeinden sich zusammentun. Bei Freizeit- oder Kultureinrichtungen muss es doch ein bisschen mehr Luft zum Atmen geben. Man kann den ländlichen Raum doch nicht beleben, wenn man ihm gleichzeitig die Luft abschneidet. Deshalb werden wir das LEP an dieser Stelle ändern.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Wie viele ungenutzte Gewerbeflächen haben wir denn in Bayern?)

Zum Thema Infrastruktur möchte ich auch sagen, was wir machen. Eine Empfehlung, die ich sehr schätze, lautet: Wirtschaft ja, beispielsweise durch die Erleichterung von Ansiedlungsoptionen. Aber nicht nur das. Wir haben in Nord- und in Südbayern bewusst insgesamt über 100 Hochschulprojekte gefördert und auf den Weg gebracht. Diese Projekte werden jetzt noch durch eine Reihe von Dezentralisierungsideen der Hochschulen ergänzt. Das bietet die riesige Chance, dass selbst kleinere ländliche Räume den Wissenschafts- und Technologietransfer nutzen können. Das sind Projekte, für die weit über eine Milliarde Euro bis zum Jahr 2018 zur Verfügung steht. Diese Gelder werden helfen, die Infrastruktur vor Ort so zu gestalten, dass junge Leute im ländlichen Raum bleiben und nicht nach München, Nürnberg, Erlangen oder Augsburg ziehen müssen. Das ist die Zukunftsoption: Mit Technologie, mit Hochschulideen, mit

Innovationen dafür sorgen, dass junge Leute zu Hause studieren, zu Hause bleiben und damit ihre Heimat behalten können. Das ist eine Philosophie, die es wirklich nur in Bayern und sonst nirgendwo gibt.

(Beifall bei der CSU)

Herr Ganserer ist konsequent, wenn er die Behördenverlagerungen geißelt. Eure große Skepsis gegenüber Behördenverlagerungen vor allem aus München heraus bestand schon immer. Meine Damen und Herren, ich möchte es einmal so sagen: Wir haben hier im Landtag schon andere Konzepte beschlossen. Wir haben auch schon Konzepte einer Behördenkonzentration beschlossen. Aber heute kämpft der eine oder andere Abgeordnete um eine Servicestelle, beispielsweise in Passau oder auch bei der Wasserwirtschaft, selbst dann, wenn es nur um vier oder fünf Stellen geht und um die Frage, ob die bleiben oder nicht.

Manchmal gibt es Diskussionen, die sich um Fragen wie die folgenden drehen: Ist das notwendig? Muss man sich den Ärger machen? – In den ländlichen Räumen entscheiden aber manchmal gerade die kleinen Infrastruktureinrichtungen der Behörden, ob ein Ort seine zentrale Funktion behält. Sie entscheiden, ob sich daneben beispielsweise Ärzte ansiedeln, ob die Schule bleibt und ob jemand an kleinstrukturierten Räumen Interesse findet. Sie entscheiden, ob diese Räume attraktiv bleiben, sodass die Menschen dort bleiben. Die Behördenverlagerung, die wir in Angriff nehmen, an der über 3.000 Personen beteiligt sind, ist ein gewaltiges Projekt. Ich habe keine davon betroffene Region erlebt, die sich nicht dafür interessiert hätte.

Wir befinden uns in einem Prozess. Jedes der Ministerien ist auf dem Weg. Wir suchen die Gebäude, wir prüfen die Strukturen. Es haben Personalgespräche stattgefunden. In keiner einzigen der Regionen wurde gesagt: Das brauchen wir eigentlich nicht, lassen wir das doch lieber in München, dort ist es am besten aufgehoben. – Meine Damen und Herren, wir stärken München, wo es nur geht, dass hier keine Missverständnisse entstehen. Es kann aber nicht sein, dass am Ende nur München gestärkt

wird und der ländliche Raum nicht. Wir müssen beides tun. Mit der Behördenverlagerung schaffen wir es aber zum ersten Mal, dass Regionen attraktiv werden, in denen keine Hochschule ist und auch nicht das große Lager eines Automobilunternehmens. Wir nehmen die staatliche Aufgabe wahr, die Infrastruktur vor Ort mit den Mitteln, die wir haben, zu stärken. Neben Geld, neben der Digitalisierung ist die dritte Möglichkeit die Verlagerung von Behörden, weil dann nicht nur Arbeitsplätze dorthin wandern, sondern meist werden auch Arbeitsplätze vor Ort geschaffen. Es wird gebaut, es wird investiert, es findet Leben statt. Die Folgewirkungen der Behördenverlagerungen sind deshalb gar nicht hoch genug einzuschätzen. Ich sage Ihnen, das war ein wichtiger Schritt auf einem Weg, den wir fortsetzen werden.

(Beifall bei der CSU)

Jede neue und gute Idee ist willkommen. Albert Füracker und ich sind ziemlich viel im Land unterwegs. Wir haben mit unzähligen Bürgermeistern Gespräche geführt und versucht zu ermitteln, was wir noch brauchen. Unser Eindruck ist, dass wir insgesamt gesehen auf einem guten Weg sind. An einigen Stellen kann man immer noch mehr machen, das ist ganz natürlich. Jeder wird immer sagen: Ein bisschen mehr Förderung ist noch besser. Alles andere würde mich wundern, und es würde auch dem Charakter einer guten Interessenpolitik widersprechen, wenn ein Bürgermeister sagen würde, er ist so zufrieden, dass er nichts mehr braucht.

Was wir tun, ist im Hinblick auf die Grundphilosophie der Heimatstrategie sehr gut. Ich glaube, lieber Berthold Rütth, das ist auch eure Grundphilosophie. Wir überlegen, was man tun kann, um den ländlichen Raum aus sich heraus zu stärken. Wir wollen den Bürgermeistern mehr Möglichkeiten geben, selbstständig zu agieren. Sie sollen nicht nur auf die Zuschusseritis warten. Sie sollen vielmehr eigenverantwortlich ihr Gemeindeleben gestalten. Sie sollen nicht nur darauf warten, bis ein Referatsleiter in München am grünen Tisch vielleicht gnädig sein Okay gibt. Die Bürgermeister, vom Volk gewählt, müssen die Chance haben, eigenständig im Land zu operieren. Meine

Damen und Herren, die Bürgermeister würden doch andernfalls das Ziel ihres Auftrags verfehlen.

(Beifall bei der CSU)

Wir glauben deshalb, dass wir miteinander auf einem ordentlichen Weg sind. Lassen Sie uns weiter diskutieren. Neben der Flüchtlingsthematik ist es vielleicht die zentrale und spannendste Aufgabe der Staatsregierung. Diese Aufgabe wird auch nicht in ein oder zwei Jahren entschieden sein. Sie wird sich auch nicht mit einem Beschluss mehr oder weniger lösen lassen. Auch wenn wir jetzt 300 Millionen mehr geben, ist sie nicht gelöst. Vielmehr müssen wir an dieser Thematik weiterhin mit großem Engagement arbeiten. Ich nenne noch einen Vergleich. Wie bei der Digitalisierung, bei der nationale Experten fragen, wie wir das machen, wird der Diskussionsprozess bei allen anderen Konzepten, die wir derzeit anstoßen und bei denen sich Experten ebenfalls hervorragend einbringen, weitergehen. Dies ist ein dynamischer, kein statischer Prozess. Daher wird es auch nicht einfach einen Abschlussbericht geben, sondern dies bleibt die Kernaufgabe des Staates. Wir wollen uns ihr stellen.

Wir bedanken uns herzlich für die gute Zusammenarbeit. Im Heimatministerium ist immer Platz für die Enquete-Kommission und Zeit für ein gutes Gespräch. Ich wünsche der Enquete-Kommission auch im nächsten Jahr Gutes und bin gespannt, wie einheitlich die einzelnen Dinge ausfallen werden. Ich weiß, wie das ist. Das Schwierigste ist der Abschlussbericht, lieber Berthold. Viel Erfolg und viel Freude dabei, den Abschlussbericht konsensfähig zu gestalten.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und Tagesordnungspunkt 2 ist erledigt.